

G e s e h - S a m m l u n g

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 6. —

(No. 1344.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 11ten Februar 1832., wegen Regulirung des  
Kautionswesens für die Staats = Kassen = und Magazin = Beamten.

Da es bisher an allgemeinen und bestimmten Vorschriften über die Höhe der von den Kassen- und Magazin-Beamten zu bestellenden Dienst-Kautionen, und über die Art, in welcher diese Sicherheit zu leisten, ermangelt: so will Ich Ihnen, in dem Berichte vom 25ten v. M. enthaltenen Anträgen gemäß, hierüber Folgendes festsetzen:

- 1) Die Rationen der Beamten, welche eine Staatskasse oder ein Magazin zu verwalten, oder auch blos Einnahme von Geld, oder von Materialien dem Staate angehörig, zu besorgen haben, sollen fortan in folgenden Beträgen bestellt werden:

- a) von einem Rentanten einer General- = oder einer Regierungs- Haupt- Kasse, desgleichen einem Hypotheken- Bewahrer in den Landestheilen des Rheinischen Rechtssystems, mit 6000 Rthlr.;
- b) von einem Rentanten einer Provinzial- Steuer-, Ober- Landesgerichts- Sportul- und Salarien-, Ober- Bergamts-, Haupt- Zoll- oder Haupt- Steueramts- und Kreis- Steuerkasse, einer Domänen- Rentei- oder Forstkasse, oder eines größeren Magazins, imgleichen von einem Vorsteher eines bedeutenden Postamts, mit 3000 Rthlr., jedoch nur in sofern, als das jährliche Dienst- Einkommen des Beamten 900 Rthlr. erreicht oder übersteigt;
- c) von einem Rentanten einer der eben genannten und allen anderen Kassen und Magazinen, imgleichen von dem Vorsteher eines Postamts, dessen jährliches Dienst- Einkommen die Summe von 900 Rthlr. nicht erreicht, mit dem Betrage eines zweijährigen Dienst- Einkommens mit der Maaßgabe, daß die Kaution  $\frac{1}{12}$  tel der gewöhnlichen einjäh- rigen Einnahme der Kasse nicht übersteigen soll;

Jahrgang 1832. — (No. 1344.)

ᱚ

d) von

(Ausgegeben zu Berlin den 3ten März 1832.)

am. 24. Tage Gold aufser fünf Messingstücke des Autors auf diesen Namen. Sonst auf  
mit dem Preis von fünf. Dasselbe. 4. April 1834. v. 10. Aug. 563.

[illegible]



Nachstehend sind die Bestimmungen der Art. 1) von einem Ober-Buchhalter bei einer Zentral- und Regierungskasse als Stellvertreter des Rentanten, und für Kassen-Kontrollen, Kassierer und andere Beamten, welche nächst dem Rentanten an dem Geld-Empfang oder an der Verwaltung von Magazin-Vorräthen unmittelbar Theil zu nehmen haben, mit dem Betrage eines einjährigen Dienst-Einkommens; 2) von solchen Subaltern- und Unterbedienten, insbesondere der Justiz- und Post-Verwaltung, welchen ihrer dienstlichen Stellung nach die Einforderung oder der Transport von Geld oder geldwerther Gegenstände obliegt, mit dem Betrage eines halbjährigen Dienst-Einkommens; 3) in den unter c. d. e. bezeichneten Fällen werden die Kauttionen nach Abstufungen von 25 Rthlr., durch die vorgesetzten Behörden für die Dauer des Dienstverhältnisses eines jeden Inhabers der Stelle festgesetzt; 4) von einem Beamten, welcher mehrere Funktionen vereinigt, wofür derselbe Kautionspflichtig ist, wird die Kaution nur einmal nach seinem Gesamt-Einkommen der vereinten Stellen geleistet. Sind dabei Stellen verbunden, wofür Kautionsätze nach verschiedenen Maßstab (c. d. e.) normirt sind; so muß die Kaution nach dem höchsten Satz festgestellt werden.

1) von einem Ober-Buchhalter bei einer Zentral- und Regierungskasse als Stellvertreter des Rentanten, und für Kassen-Kontrollen, Kassierer und andere Beamten, welche nächst dem Rentanten an dem Geld-Empfang oder an der Verwaltung von Magazin-Vorräthen unmittelbar Theil zu nehmen haben, mit dem Betrage eines einjährigen Dienst-Einkommens;

2) von solchen Subaltern- und Unterbedienten, insbesondere der Justiz- und Post-Verwaltung, welchen ihrer dienstlichen Stellung nach die Einforderung oder der Transport von Geld oder geldwerther Gegenstände obliegt, mit dem Betrage eines halbjährigen Dienst-Einkommens;

3) in den unter c. d. e. bezeichneten Fällen werden die Kauttionen nach Abstufungen von 25 Rthlr., durch die vorgesetzten Behörden für die Dauer des Dienstverhältnisses eines jeden Inhabers der Stelle festgesetzt;

4) von einem Beamten, welcher mehrere Funktionen vereinigt, wofür derselbe Kautionspflichtig ist, wird die Kaution nur einmal nach seinem Gesamt-Einkommen der vereinten Stellen geleistet. Sind dabei Stellen verbunden, wofür Kautionsätze nach verschiedenen Maßstab (c. d. e.) normirt sind; so muß die Kaution nach dem höchsten Satz festgestellt werden.

1) von einem Ober-Buchhalter bei einer Zentral- und Regierungskasse als Stellvertreter des Rentanten, und für Kassen-Kontrollen, Kassierer und andere Beamten, welche nächst dem Rentanten an dem Geld-Empfang oder an der Verwaltung von Magazin-Vorräthen unmittelbar Theil zu nehmen haben, mit dem Betrage eines einjährigen Dienst-Einkommens; 2) von solchen Subaltern- und Unterbedienten, insbesondere der Justiz- und Post-Verwaltung, welchen ihrer dienstlichen Stellung nach die Einforderung oder der Transport von Geld oder geldwerther Gegenstände obliegt, mit dem Betrage eines halbjährigen Dienst-Einkommens; 3) in den unter c. d. e. bezeichneten Fällen werden die Kauttionen nach Abstufungen von 25 Rthlr., durch die vorgesetzten Behörden für die Dauer des Dienstverhältnisses eines jeden Inhabers der Stelle festgesetzt; 4) von einem Beamten, welcher mehrere Funktionen vereinigt, wofür derselbe Kautionspflichtig ist, wird die Kaution nur einmal nach seinem Gesamt-Einkommen der vereinten Stellen geleistet. Sind dabei Stellen verbunden, wofür Kautionsätze nach verschiedenen Maßstab (c. d. e.) normirt sind; so muß die Kaution nach dem höchsten Satz festgestellt werden.

5) Jede Amts-Kaution muß fortan baar in Silbergeld erlegt werden, bevor die Einführung des Angestellten in das ihm zugeordnete Amt Statt finden kann.

1) von einem Ober-Buchhalter bei einer Zentral- und Regierungskasse als Stellvertreter des Rentanten, und für Kassen-Kontrollen, Kassierer und andere Beamten, welche nächst dem Rentanten an dem Geld-Empfang oder an der Verwaltung von Magazin-Vorräthen unmittelbar Theil zu nehmen haben, mit dem Betrage eines einjährigen Dienst-Einkommens; 2) von solchen Subaltern- und Unterbedienten, insbesondere der Justiz- und Post-Verwaltung, welchen ihrer dienstlichen Stellung nach die Einforderung oder der Transport von Geld oder geldwerther Gegenstände obliegt, mit dem Betrage eines halbjährigen Dienst-Einkommens; 3) in den unter c. d. e. bezeichneten Fällen werden die Kauttionen nach Abstufungen von 25 Rthlr., durch die vorgesetzten Behörden für die Dauer des Dienstverhältnisses eines jeden Inhabers der Stelle festgesetzt; 4) von einem Beamten, welcher mehrere Funktionen vereinigt, wofür derselbe Kautionspflichtig ist, wird die Kaution nur einmal nach seinem Gesamt-Einkommen der vereinten Stellen geleistet. Sind dabei Stellen verbunden, wofür Kautionsätze nach verschiedenen Maßstab (c. d. e.) normirt sind; so muß die Kaution nach dem höchsten Satz festgestellt werden.

6) Kein zur Kautions-Bestellung nach obigen Bestimmungen verpflichteter Beamte soll von der baaren Einzahlung der Kaution befreit seyn.

1) von einem Ober-Buchhalter bei einer Zentral- und Regierungskasse als Stellvertreter des Rentanten, und für Kassen-Kontrollen, Kassierer und andere Beamten, welche nächst dem Rentanten an dem Geld-Empfang oder an der Verwaltung von Magazin-Vorräthen unmittelbar Theil zu nehmen haben, mit dem Betrage eines einjährigen Dienst-Einkommens; 2) von solchen Subaltern- und Unterbedienten, insbesondere der Justiz- und Post-Verwaltung, welchen ihrer dienstlichen Stellung nach die Einforderung oder der Transport von Geld oder geldwerther Gegenstände obliegt, mit dem Betrage eines halbjährigen Dienst-Einkommens; 3) in den unter c. d. e. bezeichneten Fällen werden die Kauttionen nach Abstufungen von 25 Rthlr., durch die vorgesetzten Behörden für die Dauer des Dienstverhältnisses eines jeden Inhabers der Stelle festgesetzt; 4) von einem Beamten, welcher mehrere Funktionen vereinigt, wofür derselbe Kautionspflichtig ist, wird die Kaution nur einmal nach seinem Gesamt-Einkommen der vereinten Stellen geleistet. Sind dabei Stellen verbunden, wofür Kautionsätze nach verschiedenen Maßstab (c. d. e.) normirt sind; so muß die Kaution nach dem höchsten Satz festgestellt werden.

7) Die sämtlichen Kautionen werden zur General-Staatskasse eingezahlt, welche dem Kautions-Besteller darüber eine mit fortlaufender Nummer versehene, und von dem Kassen-Kurator visirte Empfangs-Bescheinigung ertheilt. Geschieht die Zahlung der Kaution an eine untergeordnete Kasse, so hat diese eine Interimsquittung zu ertheilen, und die Beförderung des Geldes an die General-Staatskasse und den Empfangschein zu besorgen.

1) von einem Ober-Buchhalter bei einer Zentral- und Regierungskasse als Stellvertreter des Rentanten, und für Kassen-Kontrollen, Kassierer und andere Beamten, welche nächst dem Rentanten an dem Geld-Empfang oder an der Verwaltung von Magazin-Vorräthen unmittelbar Theil zu nehmen haben, mit dem Betrage eines einjährigen Dienst-Einkommens; 2) von solchen Subaltern- und Unterbedienten, insbesondere der Justiz- und Post-Verwaltung, welchen ihrer dienstlichen Stellung nach die Einforderung oder der Transport von Geld oder geldwerther Gegenstände obliegt, mit dem Betrage eines halbjährigen Dienst-Einkommens; 3) in den unter c. d. e. bezeichneten Fällen werden die Kauttionen nach Abstufungen von 25 Rthlr., durch die vorgesetzten Behörden für die Dauer des Dienstverhältnisses eines jeden Inhabers der Stelle festgesetzt; 4) von einem Beamten, welcher mehrere Funktionen vereinigt, wofür derselbe Kautionspflichtig ist, wird die Kaution nur einmal nach seinem Gesamt-Einkommen der vereinten Stellen geleistet. Sind dabei Stellen verbunden, wofür Kautionsätze nach verschiedenen Maßstab (c. d. e.) normirt sind; so muß die Kaution nach dem höchsten Satz festgestellt werden.

8) Das Kautions-Kapital soll dem Beamten mit Vier vom Hundert verzinst werden, und ein jeder Kautions-Besteller ist ermächtigt, den Betrag der halbjährigen Zinsen mit Ende des Monats Juni und Dezember aus der von ihm verwalteten Kasse, sofern letztere Ueberschüsse abzuliefern hat, zu entnehmen, und die Quittung als baares Geld einzurechnen. In den Fällen, wo die Zinsen-Erhebung auf diese Weise nicht Statt finden kann, erfolgt dieselbe in den eben gedachten Terminen bei derjenigen Kasse, aus welcher der Beamte sein Gehalt zu erheben hat.

9) Der



6) Der Betrag der Kautions-Kapitale wird demnächst bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden als ein besonderes Depositum verwaltet.

7) Sobald das Dienstverhältniß, für welches eine Kaution bestellt worden, aufgehört, und aus der Amtsführung nichts mehr zu vertreten ist, wird gegen Auslieferung des quittirten Empfangscheins die baare Zurückzahlung der Kaution geleistet.

8) Den gegenwärtig schon angestellten Rassen- und Magazin- und andern Beamten, welche durch Staats- oder andere Schuldscheine oder Verschreibungen oder Verpfändungen von Immobilien ihre Amtskaution geleistet haben, bleibt freigestellt, es dabei unverändert zu belassen, oder innerhalb 6 Wochen, vom Tage der Bekanntmachung dieses Befehls ab, sich zu erklären, daß sie die bisherige Kaution zurücknehmen, und statt deren die Sicherheit in baarem Gelde nach den jetzt ertheilten Vorschriften bestellen wollen. Erfolgt diese Erklärung nicht, dann gehen die als Kaution eingelegten Schuld-Dokumente, mit Ausnahme jedoch der Hypotheken-Verschreibungen auf Grundstücke, in das Eigenthum des Staats über, die darin verschriebenen Summen werden dem Kautionsbesteller nach der Bestimmung zu 5. verzinst, und es bleibt dem Staate vorbehalten, wenn künftig die Kautions-Verbindlichkeit aufhört, entweder den Betrag der Kaution voll nach dem Nennwerthe der Obligation in baarem Gelde zurückzuzahlen, oder dafür eine Schuldverschreibung gleicher Art und zu demselben Betrage, als womit die Kaution bestellt worden, zurückzugeben.

Die bisher durch Eintragung auf Grundstücke oder durch Hinterlegung hypothekarischer Aktivforderungen bestellten Kautionen, bleiben unverändert, und der Kautions-Besteller muß sich auch die Zinsen, welche davon zu erheben sind, selbst nach wie vor einziehen.

Sie der Finanzminister haben die Bekanntmachung und Ausführung dieser Bestimmungen zu bewerkstelligen, wozu jedes Ministerium und jede Behörde, so weit es deren Geschäftskreis betrifft, mitzuwirken hat.

Berlin, den 11ten Februar 1832.

Friedrich Wilhelm.

Un

die Staatsminister, General der Infanterie Graf v. Lottum und Maassen.



(No. 1345.) Deklaration des §. 30. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 2ten November 1810.  
D. d. den 19ten Februar 1832.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen** *rc. rc.*

Die Verschiedenheit der Ansichten, welche über die Natur grundherrlicher Abgaben bei Anwendung des §. 30. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 2ten November 1810. Statt findet, erfordert zur Beseitigung der dadurch entstehenden Ungewißheit der Rechte und zur Verhütung von Prozessen eine nähere Bestimmung; weshalb Wir auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach erfordern Gutachten Unseres Staatsraths, verordnen:

§. 1.

Abgaben, welche auf einem Grundstücke haften und von jedem Besitzer desselben entrichtet werden müssen, es möge das Gewerbe, zu welchem das Grundstück bestimmt ist, betrieben werden oder nicht, gehören nicht zu den Abgaben von Gewerben, welche nach §. 30. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 2ten November 1810. mit Einführung der Gewerbesteuer aufhören sollen.

§. 2.

Wenn bei einer mit Grundbesitz verknüpften Abgabe nicht auszumitteln ist, ob sie eine Grundabgabe sey, oder ob sie die Berechtigung zum Betriebe des Gewerbes betreffe, so wird das Erstere vermuthet.

§. 3.

Ist eine Abgabe gemischter Natur, so daß sie sich theils auf den Grundbesitz, theils auf einen Gewerbebetrieb bezieht, so bleibt die Absonderung, bei mangelnder Einigung der Interessenten, dem richterlichen Ermessen überlassen. Hat der Grundherr wegen einer solchen zu theilenden Abgabe Gegenleistungen an den Abgabepflichtigen gehabt, so sollen bei der Absonderung diese Gegenleistungen berücksichtigt werden.

§. 4.

In einem über die Natur der Abgabe entstehenden Prozesse soll, wenn der Verpflichtete von der ferneren Leistung derselben, als einer Gewerbeabgabe, entbunden wird, auf den Ersatz der vor Einleitung des Prozesses an den Berechtigten etwa geleisteten Abgabe nicht erkannt werden, es müßte denn die Zahlung entweder mit Vorbehalt oder in Folge einer durch Widerspruch gegen die Verpflichtung veranlaßten Exekution geleistet worden seyn.

§. 5.

In den seit Verkündigung des Gesetzes vom 2ten November 1810. über die in Rede stehenden Abgaben ergangenen rechtskräftigen Erkenntnissen, imgleichen in



in den, darüber seit jener Zeit unter den Betheiligten getroffenen, rechtsgültigen Abkommen, wird durch die gegenwärtige Verordnung nichts geändert.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Berlin, den 19ten Februar 1832.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Carl, Herzog v. Mecklenburg. v. Schuckmann. Maassen. v. Rapph.

Beglaubigt: Friesse.

(No. 1346.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 25ten Februar 1832., womit der Haupt=Finanz=Etat für das Jahr 1832. publizirt wird.

Ich genehmige den Mir mit Ihrem Berichte vom 11ten d. M. eingereichten Haupt=Finanz=Etat für das Jahr 1832. und sende Ihnen solchen hierneben von Mir vollzogen zurück. Sie haben denselben in Folge der durch Meine Order vom 17ten Januar 1820., den Staats=Haushalt und das Staats=Schuldenwesen betreffend, angeordneten Kundmachung von drei zu drei Jahren und, so wie solches zuletzt mit dem Etat pro 1829. geschehen ist, durch die Gesefsammlung zur öffentlichen Kenntniß bringen zu lassen.

Berlin, den 25ten Februar 1832.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staats= und Finanzminister Maassen.



## Allgemeiner Etat der Staats-Einnahmen

E i n n a h m e.		Reiner Ertrag. Rthlr.
1.	Aus der Verwaltung der Domainen und Forsten, nach Abzug des davon dem Kron-Fideikommiß vorbehaltenen Revenüen-Antheils .....	4,280,000
2.	Aus den Domainen-Ablösungen und Verkäufen, Behufs der schnelleren Tilgung der Staatsschulden .....	1,000,000
3.	Aus der Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen, desgleichen der Porzellan-Manufaktur in Berlin .....	714,000
4.	Aus der Post-Verwaltung .....	1,100,000
5.	Aus der Verwaltung der Lotterie .....	574,000
6.	Aus der Steuer- und Abgaben-Verwaltung:	
	a) an Grundsteuer .....	9,724,000
	b) an Klassensteuer .....	6,408,000
	c) an Gewerbesteuer .....	1,930,000
	d) an Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs- Abgaben; an Verzehrungssteuern von inländi- schen Erzeugnissen; an Wegegeldern; an Ab- gaben von der Schiffahrt und der Benutzung der Häfen, Kanäle, Schleusen, Brücken, und anderen Kommunikations-Anstalten; ferner an Stempelsteuer .....	20,066,000
	e) an Einkommen aus der Salzregie .....	5,223,000
		43,351,000
7.	Revenüen-Ueberschüsse des Fürstenthums Neuchâtel .....	26,000
8.	An verschiedenen unter obigen Titeln nicht begriffenen Ein- nahmen .....	242,000
		// 51,287,000



## und Ausgaben für das Jahr 1832.

A u s g a b e.		Rechte.
1.	Für das Staats-Schuldenwesen, und zwar: a) zur Verzinsung der allgemeinen und provinziellen Staatsschulden, und zu den laufenden Verwaltungskosten ..... 7,228,000 b) zur Schulden-Tilgung ..... 3,662,000	10,890,000
2.	An Pensionen, Kompetenzen und Leibrenten, und zwar: a) an etatsmäßigen Fonds zu Pensionen für emeritirte Staatsdiener und deren Wittwen und Hinterbliebenen, so wie zu sonstigen Gnaden-Unterstützungen. .... 966,000 b) an lebenslänglichen Kompetenzen und Pensionen für die Mitglieder aufgehobener geistlicher Korporationen, an Pensionen, welche auf dem Reichs-Deputationsschluß vom 25sten Februar 1803. beruhen, oder sonst traktatenmäßig oder aus früheren Verpflichtungen zu leisten sind. .... 1,921,000	2,887,000
3.	An fortlaufenden Renten und an Entschädigungen für aufgehobene Berechtigungen und entzogene Nutzungen. ....	391,000
4.	Für das Geheime Kabinet, für das Bureau des Staats-Ministerii, für die Staats-Buchhalterei und die Verwaltung des Staats-Schatzes und der Münzen, für das Staats- und die Provinzial-Archive, das Staats-Sekretariat, das Neuchâteller Departement, für die Ober-Rechnungskammer, und die General-Ordenskommission. ....	298,000
5.	Für das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. ....	2,489,000
6.	Für das Ministerium des Innern für Handel und Gewerbe. ....	3,103,000
7.	Für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. ....	586,000
8.	Für das Kriegsministerium, einschließl. der Zuschüsse für das große Militair-Waisenhaus zu Potsdam und dessen Filialanstalten. ....	22,798,000
9.	Für das Finanz-Ministerium, zur Central-Verwaltung. ....	254,000
10.	Für das Ministerium des Innern und der Polizei. ....	2,067,000
11.	Für das Ministerium der Justiz, außer den Gerichtsporteln. ....	1,850,000
12.	Für die Ober-Präsidien und Regierungen. ....	1,788,000
13.	Für die Haupt- und Landgestüte. ....	175,000
14.	Zur Deckung der Einnahme-Ausfälle, zu außerordentlichen Ausgaben und Landes-Verbesserungen, und zur Vermehrung des Haupt-Reserve-Kapitals. ....	1,711,000
Berlin, den 25sten Februar 1832.		// 51,287,000

Friedrich Wilhelm.  
Maassen.











[illegible][illegible]

7) Hinsichtlich Böden die Anlage auf Verwendung der hies. Erzeugnisse & Gutsbesitzer in England versetzt, die Kautschuk-Plantagen zu pflanzen, zunächst zu empfehlen: bei der Gutsbesitzerschaft die Befürs. d. vollen Abnahme gründen lassen werden. — Allen die Lust haben, an d. Kautschuk- u. auch and. d. hies. Erzeugung zu theilhaben, Kautschuk an sich zu kaufen, Erzeugnisse zu versetzen, — Prof. v. C. M. 1892. — 28. 39. pag. 431. —

[illegible]

Wie ist die Stellung der Angelegenheit? Stellung des Hofes kann nach der Zeit sein die Olig. oder die Feudalverhältnisse, oder auch es hängt von Umständen ab  
weder Befestigung eines und die Feudalverhältnisse haben die Feudalverhältnisse 1/2 beträgt von der Feudalverhältnisse abgezogen werden. Hofe. u. 20. April 1838. - O. 39. Aug. 434.